

Antrag H01: Frauengesundheit ist kein Randthema – PCOS endlich ernst nehmen, medizinisch erforschen, politisch sichtbar machen

Laufende Nummer: 74

Antragsteller*in:	Jusos Lahn-Dill
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	H - Gesundheit

Weiterleitung an: SPD Bezirksparteitag Hessen-Süd, SPD Landesparteitag, Landtagsfraktion, SPD Bundesparteitag, Bundestagsfraktion, Juso Bundeskongress

PCOS (Polyzystisches Ovarialsyndrom) ist mit bis zu **10–15%** betroffenen Frauen im gebärfähigen Alter die **häufigste hormonelle Störung bei Frauen** – und dennoch weitgehend unbekannt. Es handelt sich um eine komplexe, chronische Erkrankung, die den Hormonhaushalt, den Stoffwechsel und das Reproduktionssystem beeinflusst. Die Ursachen sind multifaktoriell, häufig genetisch und hormonell bedingt.

Typische Symptome sind:

- Unregelmäßiger oder ausbleibender Zyklus
- Starker Haarwuchs im Gesicht und Körper (Hirsutismus)
- Akne, Haarausfall, Hautveränderungen
- Ungewollte Gewichtszunahme oder Insulinresistenz
- Unerfüllter Kinderwunsch oder Unfruchtbarkeit
- Zysten an den Eierstöcken (nicht immer vorhanden)
- Psychische Belastungen wie Depressionen, Angststörungen oder gestörtes Körperbild

Was PCOS so gefährlich macht, ist nicht nur die chronische Belastung im Alltag – sondern auch die Langzeitfolgen, wenn es nicht oder spät erkannt wird. Frauen mit PCOS haben ein deutlich erhöhtes Risiko für:

- Typ-2-Diabetes
- Metabolisches Syndrom
- Herz-Kreislauf-Erkrankungen
- Erhöhte Cholesterinwerte
- Gebärmutterkrebs
- Chronische Infertilität
- Psychische Erkrankungen

Und trotzdem: Betroffene werden in vielen Fällen jahrelang nicht diagnostiziert, bagatellisiert oder mit oberflächlichen Ratschlägen wie „nehmen Sie einfach ab“ oder „versuchen Sie es mit der Pille“ abgespeist. Das ist nicht nur medizinisch unzureichend – das ist strukturell frauenfeindlich. Denn PCOS steht exemplarisch für das, was in der Gesundheitspolitik häufig passiert: Frauenkörper werden nicht ernst genommen, komplexe Beschwerden werden vereinfacht, Forschung ist männerzentriert, und reproduktive Gesundheit wird oft auf Kinderwunsch reduziert.

Gerade bei PCOS zeigt sich, wie sehr **soziale Gerechtigkeit auch gesundheitspolitisch gedacht werden muss:**

- Wer keinen Zugang zu spezialisierten Ärzt*innen hat, bleibt allein.
- Wer keinen Kinderwunsch hat, bekommt oft keine Unterstützung.
- Wer nicht dem "klassischen" Frauenbild entspricht, wird abgewertet.

Die SPD als Partei der sozialen Gerechtigkeit muss hier Vorreiterin sein. Und wir Jusos als progressive Kraft müssen laut und klar sagen:

Frauengesundheit ist systemrelevant. PCOS ist real. Und Betroffene verdienen Sichtbarkeit, Respekt und medizinische Hilfe – jetzt.

Konkret fordern wir daher:

1. Ausbau von Forschung und medizinischer Lehre

- PCOS muss in den Kanon der nationalen Gesundheitsforschung aufgenommen werden – als eigenständiges Schwerpunktthema, eingebettet in Programme zu Frauengesundheit, reproduktiver Gesundheit und Hormonstörungen.
- Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) soll gezielte Fördermittel für interdisziplinäre Forschungsvorhaben zu PCOS bereitstellen – u. a. zu Ursachen, geschlechterspezifischen Verläufen, Langzeitfolgen und Behandlungsmöglichkeiten.
- Die Curricula der medizinischen Ausbildung in Deutschland (Humanmedizin, Gynäkologie, Endokrinologie, Allgemeinmedizin) müssen um fundiertes Wissen zu PCOS und anderen gynäkologischen Hormonstörungen erweitert werden.
- Eine bundesweit gültige ärztliche Leitlinie zu PCOS ist zu erarbeiten und verpflichtend in der Versorgung anzuwenden.

2. Verbesserung der medizinischen Versorgung und interdisziplinären Behandlung

- Gynäkologinnen, Hausärztinnen und Endokrinolog*innen müssen in die Lage versetzt werden, PCOS frühzeitig zu erkennen und angemessen zu behandeln – dazu sind verpflichtende Fortbildungsangebote zu schaffen.
- Betroffene Frauen sollen Zugang zu **multidisziplinären Behandlungszentren** erhalten, in denen Gynäkologie, Endokrinologie, Ernährungsberatung, Psychologie und Reproduktionsmedizin zusammenarbeiten – solche Zentren sind in allen Bundesländern aufzubauen, auch und vor allem im ländlichen Raum.
- Die Kosten für ganzheitliche PCOS-Behandlung (inkl. Diagnostik, Lebensstilberatung, psychologische Unterstützung) müssen von der gesetzlichen Krankenversicherung übernommen werden – auch außerhalb eines Kinderwunschs.

3. Stärkung der öffentlichen Aufklärung und Enttabuisierung

- Das Bundesgesundheitsministerium und die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung sollen **eine gezielte Informationskampagne zu PCOS** entwickeln – mit verständlichen, inklusiven Materialien für Schulen, Arztpraxen, digitale Medien und Plattformen für junge Menschen.
- In der schulischen Sexual- und Gesundheitsbildung müssen hormonelle Erkrankungen wie PCOS und Endometriose künftig altersgerecht thematisiert werden.
- Betroffenenorganisationen, Selbsthilfegruppen und Peer-Projekte sollen dauerhaft

finanziell unterstützt werden, um Austausch, Aufklärung und Empowerment zu fördern.

Begründung

Mündlich.